

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Woche vom Tage“

Zeitungspresse: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfg. Beleggeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftlich. Druck und Verlag: G. B. Zaiser (Inh. K. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Ringdruck: 1 spaltige Dreyde-Zelle oder deren Raum 20 J. Familien-Beilagen 15 J. Nefternbeilage 60 J. Sammel-Beilagen 30 J. Anzeigen: Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Inserate, Aufträge und Abdruckungen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf. No. Stuttgart 513

Ar. 124

Gegründet 1827

Dienstag, den 31. Mai 1932

Preisprophet Nr. 20

106. Jahrgang

Rücktritt des Kabinetts Brüning

Berlin, 30. Mai. Reichskanzler Dr. Brüning hat heute dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch des Reichskabinetts überreicht. Der Reichspräsident hat das Gesuch angenommen und zugleich den Kanzler beauftragt, vorläufig die Geschäfte weiterzuführen.

Die dreiviertelstündige Besprechung des Reichskanzlers mit Hindenburg am Sonntag ist, wie bereits berichtet, ohne das erwartete Ergebnis geblieben. Der Reichspräsident hat dem Reichskanzler seine Unterstützung verweigert, wie jetzt bekannt wird, entschieden seine Unterstützung unter die neue Notverordnung in der ihm vorgelegten Form, vor allem soll er die Übernahme der landwirtschaftlichen Offiziellen durch den Reichsarbeitsminister Stegerwald, ohne mitbestimmenden Einfluss der landwirtschaftlichen Stellen abgelehnt haben. Auch in der Frage der notwendigen Umbildung des Kabinetts soll sich eine schwer überbrückbare Meinungsverschiedenheit ergeben haben, jenseitig der Reichskanzler eine eigentliche Umbildung, die den Ergebnissen der verschiedenen Landtagswahlen entspreche, nicht für nötig hielt, er wollte sich in der Hauptsache auf eine Ergänzung des Kabinetts beschränken, bei der allenfalls die Rechte mehr als bisher berücksichtigt werden könnten. Ob es richtig ist, daß der Reichspräsident mindestens einen Wechsel auch im Reichsinnenministerium verlangte, ist vorläufig nicht nachzuprüfen, wenngleich es nicht unwahrscheinlich klingt.

Die Lage des Kabinetts Brüning, das seit dem Ausscheiden des Außenministers Curtius auf schwachen Füßen stand und das durch den Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Warmbold, dem die Amtsniederlegung des Reichswehrministers auf dem Fuße folgte, eine schwere Einbuße erlitten, ist nach dem SA-Verbot immer schwieriger geworden. Wohl überall hielt man — eingestandenem Maße und nichteingestandenem Maße — die Maßnahmen für ungerecht oder mindestens unklar, namentlich nachdem der Reichsminister in seiner unglücklichen Reichstagsrede der Maßnahme sozusagen den amtlichen Stempel der Parteiloyalität aufgedrückt hatte. Es war nicht zu verhüten, daß schließlich der Mißmut darüber sich in gewisser Höhe auch gegen das Kabinett im ganzen richtete, zumal man vergebens auf eine Korrektur Ordners durch den Reichskanzler wartete. Vielleicht hätte eine solche das Kabinett noch einmal retten können. Demgegenüber gingen in politischen Kreisen der Reichshauptstadt Gerüchte um, daß der Reichspräsident mit dem Vorgehen Grönners keineswegs einverstanden sei und daß dessen Rücktritt als Wehrminister im Sinn Hindenburgs gelegen habe.

Auf der anderen Seite wird berichtet, daß der Reichspräsident den wegen dieser Meinungsverschiedenheit mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald erfolgten Weggang Warmbolds, der einer der fähigsten Köpfe des Kabinetts war, sehr ungern gesehen habe, ja wenig er ihn verhindern konnte, ohne damals schon das ganze Kabinett in Gefahr zu bringen, in dem der Einfluß des Reichsarbeitsministers eben doch sehr groß war.

Reichskanzler Dr. Brüning wird vorläufig „die Geschäfte weiterführen“. Das heißt, daß die Reichsverwaltung bis

auf weiteres keine wichtigen Handlungen mehr vornehmen darf, für die in der Verfassung die Verantwortung dem Parlament vorbehalten ist. Die neue Notverordnung wird also unterzeichnet. Inzwischen wird nun der Reichspräsident, wie es die Verfassung vorschreibt, mit hervorragenden politischen Persönlichkeiten bzw. mit Parteiführern sich besprechen, um sich den Mann auszuwählen, dem er genügend Vertrauen glaubt schenken zu dürfen, um ihm die Neuordnung des Reichskabinetts zu übertragen. Der Reichspräsident hat dann immer noch das Recht, das Kabinett anzunehmen oder abzulehnen. Das ist, wie gesagt, der Verfassung Brauch, der aber bisher wenig oder gar nicht eingehalten wurde. Die Koalitionsparteien einigen sich vorher auf die Person des Kanzlers, der dann dem Reichspräsidenten vorgeschlagen und von diesem bestätigt wurde. Streng verfassungsmäßig war dieser Vorgang nicht, denn nach der Verfassung wählt nicht der Reichstag, sondern der Reichspräsident den Kanzler.

So wie die Dinge liegen, wird es sich jetzt, den Wahlergebnissen entsprechend, nur um die Bildung eines mehr nach rechts gerichteten Kabinetts handeln. In diesem Fall wäre aber wohl mit der Auflösung des Reichstags zu rechnen. Denn daß gegenwärtig der Reichstag der politischen Stimmung im deutschen Volk nicht mehr entspricht, haben gerade die verschiedenen Landtagswahlen und gerade auch die neuesten in Oldenburg klar erwiesen. Die Neuordnung im Reich würde dann nicht mehr, wie man noch vor kurzem annahm, von Preußen und den Preußenwählern her, sondern umgekehrt, die Neuordnung im Reich und vor allem in Preußen würde nun vom Reich her in Angriff genommen und durchgeführt. Dr. Hugenberg sowohl wie Adolf Hitler haben bereits auf diese Art der Lösung hingewiesen.

Wahrscheinlich ist nach ein zweiter Weg, der eine Zwischenlösung darstellt, indem nämlich zunächst ein sogenanntes Beamtenkabinett mit Fachministern gestellt wird, das die Regierung so lange verwaltet, bis eine der Volksstimmung entsprechende Regierung gebildet werden kann. Daß es zu einer solchen schließlich doch kommen mag, darüber läßt die Reichsverfassung keinen Zweifel.

Amtliche Verlautbarung

Berlin, 30. Mai. Die Nachricht von dem Rücktritt des Reichskabinetts kommt den politischen Kreisen nicht mehr überraschend, nachdem bereits bekannt geworden war, daß sich in der Sonntagabendbesprechung zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten nicht die Möglichkeit einer weiteren fruchtbareren Zusammenarbeit bot. Angehends der Volksstimmung, die eine stärkere Drehung der verantwortlichen Reichspolitik nach rechts wünscht, hielt der Reichspräsident eine neue Notverordnung auf der Basis eines Kabinetts Brüning nicht mehr für tragbar. Diesen Eindruck von Hindenburgs Ansichten dürfte der Kanzler bereits in der gestrigen Besprechung gewonnen haben. Damit hatte die heutige Kabinettsitzung, die um 11 Uhr begann, nur noch den Zweck, den offiziellen Rücktrittsbefehl des Gesamtkabinetts herbeizuführen, den der Kanzler dem Reichspräsidenten in der Mittagsbesprechung überbringen konnte. In politischen Kreisen wird übrigens größter Wert auf die Feststellung gelegt, daß zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler keine persönlichen Differenzen bestanden und daß die großen Verdienste Dr. Brünings gerade im Augenblick seines Rücktritts voll gewürdigt werden. Das dürfte auch in dem Abschiedsbesreiben des Reichspräsidenten an den Kanzler zum Ausdruck kommen. Auf der anderen Seite dürfte Dr. Brüning selber auf dem Standpunkt stehen, daß die Wahl für den Generalfeldmarschall v. Hindenburg unter dem Gesichtswinkel gefahret worden ist, eine starke und kraftige Führung an der Spitze des Reiches zu setzen. Es ist selbstverständlich, daß er sich den Entscheidungen dieser Führung sofort unterordnet.

Die Entwicklung dieser Krise wird in ununterrichteten Kreisen als unvermeidlich bezeichnet, nachdem während der Abwesenheit des Reichspräsidenten von Berlin von gewisser Seite keine Konsequenzen gezogen worden sind, die die persönliche Seite der Kabinettsfrage hätten erleichtern können. Natürlich beschäftigt man sich jetzt vor allem mit dem Problem der Nachfolge. Fest steht bisher aber nur, daß der Reichspräsident ein Kabinett bezusetzen will, das seiner ganzen Struktur nach weiter rechts eingestellt ist. Volkstommen ungewiß ist noch, wer der neue Kanzler sein wird. In der Öffentlichkeit ist ja bereits eine Reihe von Namen genannt worden. Sie tauchen auch heute mittags wieder auf. Es scheint, daß die meisten Chancen für den Freiherren v. Gagel, den ostpreussischen Landwirksamtsführer Bronde und für den Grafen Westarp vorhanden sind. Neben diesen personellen Fragen erörtert man in politischen Kreisen auch die, wie das neue Kabinett im Reichstag eine Mehrheit finden wird. In diesem Zusammenhang wird natürlich auch die Möglichkeit einer späteren Reichstagsauflösung erörtert. Alle Zukunftsaussichten hängen jedoch zunächst von der Entscheidung ab, die der Reichspräsident über die Persönlichkeit des neuen Kanzlers trifft. Auf diesen Punkt ist im Augenblick das Hauptinteresse gerichtet, zumal

man sich in allen politischen Kreisen darüber klar ist, daß die Kabinettskrise schon mit Rücksicht auf die dicht bevorstehende Lausanner Konferenz sobald wie möglich zum Abschluß gebracht werden muß.

Wie die Dinge liegen, ist übrigens nicht damit zu rechnen, daß Dr. Brüning dem neuen Kabinett als Außenminister angehören wird. Er sieht es vielmehr nur noch als seine Aufgabe an, sein Amt in die Hände des Reichspräsidenten zurückzulegen und will in einen längeren Urlaub gehen.

Die ersten Parteiführerbesprechungen bei Hindenburg

Berlin, 30. Mai. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Brüning empfing der Reichspräsident zunächst heute nachmittags um 5 Uhr den Reichstagspräsidenten Loh als Vertreter der zurzeit stärksten Reichstagsfraktion, um seine Auffassung über die parlamentarischen Aussichten für die Neuordnung des Kabinetts zu hören. Daran wird sich die Neuordnung des Kabinetts zum 30. Juni, um 5.30 Uhr ein Empfang der sozialdemokratischen Parteiführer Weis und Dr. Breitscheid beim Reichspräsidenten anschließen. Als nächststärkste Reichstagsfraktion sollte dann die nationalsozialistische eingeladen werden. Der Führer dieser Fraktion, Dr. Frick, ist jedoch noch nicht von München in Berlin wieder eingetroffen. Man muß deshalb damit rechnen, daß der Empfang der nationalsozialistischen Parteiführer erst am Dienstag früh zustande kommt. Die Sozialdemokraten hielten vor den Besprechungen mit dem Reichstagspräsidenten eine Sitzung ihres Fraktionsrats ab.

Der Reichspräsident und die Parteien

Berlin, 30. Mai. Die Fraktionsvorstände der meisten Parteien werden heute nachmittags zu der neuen Lage Stellung nehmen. So ist der Vorstand der Zentrumsfraktion und der der Sozialdemokraten bereits einberufen. Die Besprechungen des Reichspräsidenten mit dem Reichstagspräsidenten und den Parteiführern haben natürlich in erster Linie formale Bedeutung und darüber hinaus nur den Sinn, den Reichspräsidenten über die Auffassung in den verschiedenen Parteilagern zu unterrichten. In ein wirklich aktives Stadium kommen die Verhandlungen über die Regierungsbildung erst in dem Augenblick, in dem die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers sichtbar wird. Bis dahin wird z. B. das Zentrum sich keine Stellungnahme vorbehalten. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Reichspräsident die Absicht hat, mit der Kabinettsneubildung eine Persönlichkeit zu betrauen, die nicht direkt parteipolitisch gebunden ist, sondern sich in erster Linie auf das Vertrauen des Reichspräsidenten selbst stützen würde.

Die Arbeiten des Kabinetts Brüning

Berlin, 30. Mai. Reichskanzler Dr. Brüning ist genau 2 Jahre und 2 Monate im Amt gewesen. Nach dem Sturz des Kabinetts Müller am 27. März 1930, bildete er sein erstes Kabinett, das bis 7. Oktober 1931 im Amt blieb. Schon wenige Monate darauf kam es zu ersten personellen Veränderungen insofern, als der damalige Reichsfinanzminister Prof. Kolbenhauer zurücktrat und am 26. Juni 1930 durch Dietrich ersetzt wurde. Die erste große Notverordnung vom 16. Juli 1930 hatte heftige parlamentarische Kämpfe zur Folge, die zum Beschluß der Aufhebung der Notverordnung führten, woraufhin der Reichstag aufgelöst wurde. Die Neuwahlen fanden am 14. September statt und ergaben damals schon ein außerordentlich starkes Anwachsen der Nationalsozialisten. Trotzdem konnte sich das Kabinett Brüning mit Unterstützung durch die Sozialdemokratie im Reichstag behaupten, nachdem es ein neues Finanz- und Wirtschaftsprogramm aufgestellt hatte. Kurz vor dem Erlaß der zweiten großen Notverordnung kam es noch zum Absinken der Wirtschaftspartei, die ihren Vertreter im Kabinett, den Justizminister Dr. Brodt, zurückzog. Die zweite Notverordnung wurde sodann am 1. Dezember 1930 veröffentlicht. Dann wurden die Verhandlungen mit Desterreich eingeleitet, die am 31. März 1931 zur Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Zollabkommens führten. Diese Zollvereinbarungen hatten lebhaft politische Auseinandersetzungen zur Folge, die durch Überweisung des Zollabkommens an den Haager Gerichtshof zunächst abgeschlossen wurden. Es folgten die unfruchtbaren Ministerbesuche in Chequers, Rom, Paris und Berlin, die Inkraftsetzung des Hoovermoratoriums vom 10. 7. 1931, die „Danatsache“ vom 13. zum 14. Juli, in der die Notverordnung betreffend die Reichsbürgerschaft für die Danatsachen, sowie die anschließenden Bankferien beschlossen wurde, was eine Reihe weiterer Notverordnungen über den Devisenverkehr, über den Zahlungsverkehr, die Presse, die Kapital- und Steuerflucht und die Auslandsaufgebühren zur Folge hatte. Am Vortag der internationalen Auseinandersetzungen um die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen kam es am 6. Oktober zum Rücktritt des Kabinetts

Tagespiegel

Der Reichspräsident hat am Montag nachmittags nach den Sozialdemokraten Weis und Breitscheid die Nationalsozialisten Adolf Hitler und Reichstagsabg. Göring empfangen. Am Dienstag werden die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und der übrigen Parteien nach ihrer Fraktionsstärke empfangen.

Die Sitzungen der Reichstagsausschüsse sind bis auf weiteres abgesetzt worden. Man glaubt, daß der Reichstag später als 6. Juni einberufen werde.

Die Auserdienststellung des Rektors der Technischen Hochschule in Braunschweig, Prof. Dr. Schmidt, erfolgte nicht aus politischen Gründen; er befindet sich schon seit Anfang Mai in einem längeren Erholungsurlaub. Nachfolger wird der Direktor des Botanischen Gartens der Hochschule, Prof. Dr. Gultow Göttingen.

Die Landvolkpartei, Deutsche Volkspartei, Christlich-sozialer Volksdienst, Staatspartei, Wirtschaftspartei und Volksrechtspartei in Hessen haben unter der Bezeichnung „Nationale Einheitsliste“ einen gemeinsamen Wahlvorschlag für die Landtagswahl aufgestellt.

Die Internationale Lustpostkonferenz, deren Eröffnung für Montag in Brüssel vorgesehen war, ist wegen der Wirtschaftskrise auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Der rumänische Gesandte in London, Titulescu, ist wegen der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten in Rumänien nach Bukarest berufen worden.

In Bombay sind die Unruhen aufs neue ausgebrochen. Da die Polizei machtlos war, mußte Militär aufgerufen werden.



